

Klimabündnis Kieler Bucht c/o Geographisches Institut, Ludewig-Meyn-Str. 14, 24098 Kiel

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt  
und ländliche Räume  
Herr Minister Dr. Robert Habeck  
Mercatorstraße 3

24106 Kiel

Prof. Dr. Horst Sterr  
Telefon (0431) 880-2944  
Telefax (0431) 880-4658  
E-Mail: [sterr@geographie.uni-kiel.de](mailto:sterr@geographie.uni-kiel.de)  
Web: [www.klimabuendnis-kieler-bucht.de](http://www.klimabuendnis-kieler-bucht.de)

Kiel, 27. Oktober 2015

## **Anpassung an den Klimawandel in SH: Ist der Küstenschutz an der Ostsee zukunftsfähig?**

Offener Brief an die Mitglieder der Fraktionen und zuständigen Ausschüsse im schleswig-holsteinischen Landtag, Kopie an Umweltminister Dr. Robert Habeck

Sehr geehrter Herr Minister,

wie wird sich der Klimawandel in den kommenden Jahrzehnten auch an der schleswig-holsteinischen Ostseeküste auswirken? Und: ist der derzeitige Küstenschutz gewappnet gegen die langfristig wohl zunehmenden Risiken für die Ostsee-Küstengemeinden? Diese Fragen wurden am 7. Juli 2015 bei einem Round-Table-Gespräch in Eckernförde erörtert. Unter der Moderation des Verwaltungsjuristen Prof. Dr. Marcus Arndt (Kanzlei Weisleder Ewer, Kiel) diskutierten auf Einladung des Klimabündnisses Kieler Bucht mehr als 30 Bürgermeister, Amtsdirektoren, Tourismusexperten und Wissenschaftler aus der Region mit Vertretern des Umweltministeriums und der Staatskanzlei, Bereich Landesplanung, über die Herausforderungen, die aus dem Meeresspiegelanstieg und möglicherweise häufigeren Sturmfluten für die Küstenanrainergemeinden resultieren.<sup>1</sup>

Im Fazit zeichnet sich eine vielschichtige Betroffenheit der Ostsee-Kommunen ab. Zu den gravierendsten Problemen zählen demnach Sturmflutwasserstände, die wegen des Meeresspiegelanstiegs künftig noch häufiger auftreten werden, sowie das daraus resultierende Überflutungsrisiko einerseits bzw. Sand-/Stranderosion und Treibselanfall andererseits. Anders als an der Nordseeküste sieht der Generalplan Küstenschutz der Landesregierung von 2012 außerhalb der Landesschutzdeiche keine umfassende staatliche Verantwortung für den kommunalen Ostseeküstenschutz vor. Dies stellt die betroffenen Gemeinden vor finanzielle aber vor allem auch logistische Herausforderungen, da der Strandtourismus zu den tragenden ökonomischen Säulen der Küstengemeinden zählt. Insbesondere bei der Planung von Sandvorspülmaßnahmen und Treibselbeseitigung wird die aktuelle Rechtslage mit ihren komplizierten Genehmigungsverfahren als großes Hemmnis empfunden. Schon heute sind die

---

<sup>1</sup> Ausgangspunkt des Round-Table-Gesprächs war eine von KBKB zwischen April und Juni 2015 durchgeführte Informationsabfrage in 25 Küstengemeinden über die lokale Küstenschutzsituation bzw. Betroffenheit. Ein Kurz-Resümee dieser Abfrage lag zu Beginn des Gesprächs als Tischvorlage vor.

meisten Ostseeküstengemeinden bei der Erfüllung ihrer Schutz- und Erhaltungsmaßnahmen finanziell überfordert. Die resultierende Beeinträchtigung des Tourismus wirkt sich verstärkend aus. Unattraktive Strände führen zu geminderten Einnahmen, die dann wieder bei der Strandpflege fehlen. Angesichts der sich abzeichnenden Verschärfung der Küstengefährdung durch den Klimawandel erscheint daher ein Umdenken grundsätzlich erforderlich.

In der Gesprächsrunde wurde eine Reihe von Vorschlägen formuliert. So hält man eine **Ver-einfachung der komplizierten und langwierigen Genehmigungsverfahren bei Strandmaßnahmen** für dringend geboten. Als **Teilaspekt der Klimawandel-Anpassungsstrategie** des Landes sollten desweiteren besonders **gefährdete Uferbereiche** möglichst **frei von Bebauung** bzw. Nutzung gehalten werden, damit auch **flexible Strategien im Umgang mit dem Meeresspiegelanstieg** künftig noch möglich sind.

Aus der Erkenntnis, dass eine langfristig geplante und nachhaltige Anpassung an den Klimawandel in der Region von Nöten ist, entsteht die Frage nach der Verantwortung für den Hochwasserschutz (außerhalb der Landesschutzdeiche) und auch Stranderhaltungsmaßnahmen. Eine **angemessenere Lastenverteilung** zwischen Land und Kommunen sollte dringend diskutiert werden. Denkbar wäre, die bereits vor einiger Zeit angedachte **Küstenschutzabgabe**<sup>2</sup> einzuführen, mit der die Finanzierung von Maßnahmen erleichtert werden könnte.

Angesichts zunehmender Klimawandelbedrohungen wurde angeregt, den **Küstenschutz als Staatsziel in der Landesverfassung** zu verankern. Für das „Land zwischen den Meeren“ sind die Küstenschutzherausforderungen in Deutschland mit Abstand am größten. Eine dahingehende Ergänzung der Landesverfassung kann nach Meinung der Gesprächsteilnehmer auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens hoffen. Alternativ dazu wäre in Erwägung zu ziehen, den Küstenschutz im Rahmen des bisherigen Staatsziels in Art. 11 der Landesverfassung („Schutz der natürlichen Grundlagen des Lebens“) ausdrücklich zu erwähnen, um klarzustellen, dass der Schutz der Küsten hiervon erfasst ist. Anlass dazu bietet die wegen einer Volksinitiative zur Aufnahme des Gottesbezuges ohnehin anstehende erneute Befassung mit der Landesverfassung.

Mit diesen Ausführungen möchte das Klimabündnis Kieler Bucht Sie, sehr geehrte Landtagsabgeordnete, bitten, sich der angesprochenen Thematik anzunehmen und entsprechende Lösungsmöglichkeiten oder Reaktionen in Ihren Fraktionen und Ausschüssen zu erörtern. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit besten Grüßen

Prof. Dr. Horst Sterr

Anlage: Protokoll, Teilnehmerliste und KN-Artikel des Round-Table-Gesprächs vom  
07.07.2015

---

<sup>2</sup> ähnlich den Gebühren für die Wasser- und Bodenverbände

## Protokoll – Round-Table Gespräch Küstenschutz vom 7.7.2015

Einladung, Organisation & Protokoll: Klimabündnis Kieler Bucht / KBKB

Moderation: Prof. Dr. Marcus Arndt (Kanzlei Weisleder Ewer, Kiel)

Ziel der Veranstaltung war es, die gegenwärtige Situation der Ostseeküstengemeinden in der Kieler Bucht in Hinblick auf den Küstenschutz zu beleuchten, bestehende Probleme zu identifizieren und zu erörtern sowie künftige, durch den Klimawandel bedingte Herausforderungen und mögliche Lösungsansätze zu diskutieren.

Ausgangspunkt des Round-Table-Gesprächs war eine von KBKB zwischen April und Juni 2015 durchgeführte Informationsabfrage in 30 Küstengemeinden zwischen Blekendorf (Hohwachter Bucht) und Kappeln (Schlei) über die lokale Küstenschutzsituation bzw. Betroffenheit. Ein Kurz-Resümee dieser Abfrage lag zu Beginn des Gesprächs als Tischvorlage vor.

### Erster Teil: Situationsanalyse

Erster Bestandteil des Gesprächs war eine **Situationsanalyse** hinsichtlich der für die Gemeinden bereits heute bestehenden Herausforderungen bezüglich Küstenschutz und Strandmanagement. Allgemein wird eine Verschärfung in Folge von Klimawandel-bedingten Effekten erwartet bzw. befürchtet.

Es zeichnet sich eine **vielschichtige Betroffenheit** der Kommunen ab. Zu den gravierendsten Problemen zählen demnach Sturmflutwasserstände, die wegen des Meeresspiegelanstiegs künftig noch häufiger auftreten werden, und das daraus resultierende Überflutungsrisiko sowie Sand-/Stranderosion und Treibselanfall. Dies stellt die betroffenen Gemeinden vor **finanzielle aber vor allem auch logistische Herausforderungen**, da der Strandtourismus zu den tragenden ökonomischen Säulen der Küstengemeinden zählt. Insbesondere bei der Planung von Sandvorspülmaßnahmen und Treibselbeseitigung wird die aktuelle Rechtslage mit ihren komplizierten Genehmigungsverfahren als großes Hemmnis empfunden. Das mittlerweile notwendige Maß an bürokratischem Aufwand, etwa für die Planung von Sandentnahmen und Treibselentsorgung oder für die erforderlichen Ausschreibeverfahren übersteigt die Kapazitäten der (meist ehrenamtlichen) Gemeindeverwaltungen. Die Abwicklung der vorgeschriebenen Schritte und Erfüllung der jeweiligen Anforderungen beansprucht so viel Zeit, dass ein rechtzeitiges Herrichten der Strände zur Saison nur schwer möglich ist. Mit Blick auf vermehrte Sturmflutwasserstände ist überdies in einzelnen Gemeinden (z.B. Eckernförde, Strande) die Planung für ausreichenden Hochwasserschutz zu verbessern, wofür Unterstützung vom Land benötigt wird.

Im Fazit sind schon heute die Belastungen durch die Schutz- und Erhaltungsmaßnahmen für die Gemeinden kaum tragbar. Die resultierende **Beeinträchtigung des Tourismus** wirkt sich verstärkend aus. Unattraktive Strände führen zu geminderten Einnahmen, die dann wieder bei der Instandhaltung fehlen. (Hinweis: in M-V werden Stranderhaltungsmaßnahmen z.T. vom Land durchgeführt und finanziert).

## Zweiter Teil: Perspektiven zur Klimaanpassung und Problemlösung

Im zweiten Teil wurden mögliche Optionen und Wege zur Problemlösung und Vorsorgeplanung diskutiert. Folgende Aspekte wurden besonders herausgestellt:

Aus der Erkenntnis, dass eine **langfristig geplante und nachhaltige Anpassung** an den Klimawandel in der Region von Nöten ist, entsteht die Frage nach der Verantwortung für Hochwasserschutz (außerhalb der Landesschutzdeiche) und auch Strandschutz. Eine neue Verteilung der Lasten zwischen Land und Kommunen muss dringend diskutiert werden.

Mit dem Ziel einer gestärkten Stimme der Kommunen nach außen wird die Etablierung einer **gemeindeübergreifenden Kooperation** als sinnvoll erachtet. In diesem Rahmen könnten dann auch Synergien genutzt werden, die beispielsweise über die Kooperation von Gemeinden bei Sandvorspülungen oder Treibselentsorgung auf eine Senkung der Kosten hinwirken. Angesichts des voraussichtlich zunehmenden Anfallens dieser und ähnlicher Maßnahmen könnte eine gemeinsame Koordination des damit verbundenen Aufwands die Gemeinden entsprechend auch auf organisatorischer Ebene entlasten.

Dem möglicherweise vorgehend, wird in diesem Zuge auch die Entwicklung eines gemeindeübergreifenden **Handlungsplans Klimaanpassung** für sinnvoll erachtet. Inhaltlich könnte dieser sich u.a. mit einer Überarbeitung der Flächennutzungs- und Bauleitpläne auseinandersetzen. Er könnte die Einschränkung von Bauvorhaben im ufernahen Bereich oder die Festlegung besonderer Anforderungen hierfür umfassen.

Hinsichtlich der sich vermutlich erhöhenden Risiken für Küstenanrainer muss auch die Bereitschaft zur privaten Vorsorge erhöht werden. Hier könnte das Angebot einer „Sturmflut“-Versicherung (derzeit angeboten von der Itzehoer Vers. AG) eine Option darstellen, wobei allerdings jeder Einzelantrag von der Versicherungsgesellschaft genau geprüft wird.

Generell müssen die Bemühungen zur Klimaanpassung auf der (inter--)kommunalen Ebene nachhaltig gestärkt werden. Eine Möglichkeit hierzu stellt z.B. die gemeindeübergreifende Erstellung einer Anpassungsstrategie mit Maßnahmenkatalog und der anschließenden Schaffung einer Stelle für einen **Klimaanpassungsmanager** zur Maßnahmenumsetzung dar. Entsprechend dem Vorbild der Klimaschutzkonzepte und -manager kann eine Förderung der Konzeptionierung und der Stelle von 50% durch das BMUB beantragt werden und sollte geprüft werden. Der Antrag für ein Anpassungskonzept kann beim Projektträger Jülich im Zeitraum 01. Januar – 31. März jährlich gestellt werden.

Die Strategie des Landes beim Einsatz von Haushaltsmitteln für den Küstenschutz, insbesondere die Gewichtung des Mitteleinsatzes zwischen unterschiedlichen Küstenabschnitten sowie zwischen Nord- und Ostseeküste folgt bislang nur in Ansätzen einer ausreichenden **Gesamtabwägung**. Wünschenswert als Grundlage des Mitteleinsatzes wäre eine Gesamtabwägung zwischen

- Der Entwicklungs- und Eintrittswahrscheinlichkeit von schädigenden Hochwasserereignissen einerseits

und

- den zu schützenden Interessen, insbesondere der Zahl der betroffenen Einwohner, der Höhe der gefährdeten Sachwerte sowie der landschafts-, natur- und umweltschützenden Interessen andererseits.

Eine weitere Maßnahme zur Überwindung finanzieller Probleme wäre die (vor längerer Zeit bereits angedachte) **Küstenschutzabgabe**. Sie ist zwar grundsätzlich zur Mittelgenerierung geeignet, wohl aber mit zahlreichen Hürden im Vorfeld verbunden. Insbesondere das Festlegen der Abgabepflichtigen und der Abgabenhöhe könnte sich in vielerlei Hinsicht schwierig gestalten.

Angesichts der Dringlichkeit der Thematik und der besonderen Lage des Landes Schleswig-Holstein zwischen zwei Meeren, ist eine Verankerung des **Küstenschutzes als Staatsziel** in der Landesverfassung zu erwägen; alternativ den Küstenschutz im Rahmen des bisherigen Staatsziels in Art. 11 der Landesverfassung („Schutz der natürlichen Grundlagen des Lebens“) ausdrücklich zu erwähnen, um klarzustellen, dass der Schutz der Küsten hiervon erfasst ist. Das könnte geschehen aus Anlass der wegen einer Volksinitiative zur Aufnahme des Gottesbezuges ohnehin anstehenden erneuten Befassung mit der Landesverfassung. Als weiterer Schritt, um mehr Aufmerksamkeit der Landespolitik auf das Thema zu lenken, könnte mit Verweis auf die Ergebnisse der Round-Table-Diskussion ein offener **Brief an die Landespolitik** formuliert werden.

#### Anhang: Teilnehmerliste

Ahrendt, Dr. Kai	Büro für Umwelt und Küste
Ahrendt, Volker	Landeshauptstadt Kiel
Arndt, Prof. Dr. Marcus	Kanzlei Weissleder Ewer
Aurich, Cynthia	Klimabündnis Kieler Bucht
Bock, Gunnar	Amt Schlei-Ostsee
Böttcher, Horst	Gemeinde Damp
Dieterich, Peter	Gemeinde Stein
Dold, Dr. Ronald	Naturfreunde SH
Ehrich, Norbert	Gemeinde Schwedeneck
Enderwitz, Sandra	Klimabündnis Kieler Bucht
Franziska Seer	Institut für Ökosystemforschung
Groß, Sabina	Staatskanzlei SH, Landesplanung
Hentschel, Hartwig	Itzehoher Versicherungen
Hofstede, Dr. Jacobus	MELUR, Abt. Wasserwirtschaft
Homp, Dr. Catrin	Tourismusverband SH
Klink, Dr. Holger	Gemeinde Strande
Koerth, Dr. Jana	CAU
Köppen, Roy	Stadt Eckernförde
Krug, Dr. Sebastian	Kreis Rendsburg-Eckernförde
Kweton, Karl-Heinz	Landeshauptstadt Kiel
Liebrenz, Frank	Staatskanzlei SK, Landesplanung
Litzbach, Katja	CAU, Geogr. Inst.
Meggle, Michael	Gemeinde Laboe

Mursch, Klaus  
Neumann, Dr. Barbara  
Osbahr, Dirk  
Packschies, Michael  
Riedel, Martin  
Rutz, Harald  
Sterr, Prof. Dr. Horst  
Thies, Dr. Claus  
Vollborn, Robert  
von Abercron, Dr. Michael  
Wichert, Uwe  
Wolff, Anke

Kieler Wirtschaftsförderung  
Exzellenzcluster "Future Ocean"  
Gemeinde Schönberg  
Stadt Eckernförde  
Kurbetrieb Kellenhusen  
Amt Schrevenborn  
Klimabündnis Kieler Bucht  
Heikendorf  
Stadtrat LH Kiel  
MELUR  
Gemeinde Damp  
Global Climate Forum e. V.